Ohne Einwilligung kann's teuer werden Wenn der Arzt zum Paparazzo wird ...

Dr. iur. Hans-Dieter Lippert | Rechtsanwalt, Ulm

Noch nie war Fotografieren so einfach wie heute – und noch nie war es so einfach, mit Fotos Rechtsverletzungen zu begehen. Mit dem Fotohandy aufnehmen und den Videoclip direkt ins Internet stellen, so einfach geht das. Welche Rechte haben dabei Arzt und Patient? Wissen Sie es?

Auch im Rettungs- und Notarztdienst nimmt der Wunsch nach fotografischer Dokumentation des Geschehenen zu. Dieses Vorgehen ist aus Sicht des Patienten, aber auch sonstiger Beteiligter, rechtlich allerdings alles andere als unproblematisch.

Niemand muss sich ohne Erlaubnis fotografieren lassen

Das Fotografieren fremder Menschen tangiert zunächst das allgemeine Persönlichkeitsrecht. Dabei gilt: Werden Personen erkennbar fotografiert oder werden von ihnen Videoaufnahmen gefertigt, so ist dies generell nur mit Einwilligung der Betroffenen möglich. Dieser Grundsatz gilt deshalb auch für die Anfertigung von Patientenfotos, zu welchem Zweck auch immer dies der Fall sein mag.

Das soeben für die Rechte der Notfallpatienten Gesagte gilt im Grundsatz auch für die am Einsatz betei-

ligten Rettungskräfte und andere Anwesende, wie Vertreter der Medien oder der Polizei. Auch das Anfertigen von Fotografien und Videos durch Unfallgaffer muss nicht geduldet werden, schon gar nicht, wenn Aufnahmen an die Medien weitergegeben werden.

Der Schutz endet auch nicht dadurch, dass der Notfallpatient eventuell einwilligungsunfähig ist. Eine mutmaßliche Einwilligung scheidet im Allgemeinen aus, weil es praktisch keinen Sachverhalt gibt, der die Anfertigung von Fotografien als Notwehrsituation rechtfertigen würde. Aufgabe der Rettungskräfte ist es den Notfallpatienten zu behandeln, nicht aber ihn zu fotografieren. Die Notfallbehandlung umfasst im Allgemeinen auch nicht die Dokumentation von Spuren. Auch sind die Fotos in seltensten Fällen zum potenziellen Nutzen des Notfallpatienten. Eine spätere nachträgliche Genehmigung ist aber möglich (Art. 2 Abs. 1 GG, § 823 BGB).

Ohne Einwilligung nur privater Gebrauch möglich

Ohne Einwilligung des Patienten ist auch die Verwendung der auf diesem Wege gefertigten Fotos oder Videos rechtswidrig. De facto ist ohne Einwilligung bestenfalls ein privater Gebrauch der Bilder oder Videos möglich.

Mit der Anfertigung der Aufnahmen wird der Fotograf Urheber des Bildes. Das Recht am eigenen Bild (KunstUrhG §§ 22 ff.) verbietet dessen Verbreitung oder Ausstellung ohne vorherige Einwilligung. In diesem Zusammenhang gilt nach § 72 UrhG das

- Vervielfältigungs-,
- Verbreitungs- und
- Ausstellungsrecht.

Dies gilt auch für die Verwendung von Fotos und Videos (§§ 16 ff. UrhG). Die genannten Verwertungsarten sind mit wenigen Ausnahmen (wie z. B. Personen des öffentlichen Lebens oder öffentliche Versammlungen; vgl. § 23 KunstUrhG) durch § 22 KunstUrhG weiterhin an die Einwilligung des Abgelichteten gebunden.

Rechtliche Schritte und mögliche Sanktionen

Strafrechtlich verantwortlich ist, wer entgegen dem Urheberrecht (§§ 22, 23) ein Bildnis verbreitet oder öffentlich zur Schau stellt. Dem Geschädigten steht ein Anspruch auf Vernichtung oder Übernahme der widerrechtlich gefertigten Aufnahmen zu. Die Umsetzung dessen kann im Wege des bürgerlichen Rechtsstreits oder im Strafverfahren verfolgt werden. Neben die urheberrechtsspezifischen Ansprüche treten Ansprüche auf Unterlassung nach § 1004 BGB und Schadenersatz nach § 823 BGB.

Die meisten dieser urheberrechtsspezifischen Ansprüche setzen jedoch einen Antrag des Geschädigten voraus. ■

Notfall Rettungsmed 2010, 13:293

Fotoaufnahmen am Unfallort sind rechtlich nicht unproblematisch.